

Editorial

An der Metapher vom „Transmissionsriemen“, der stets die gesellschaftlichen Organisationen in Richtung Kommunismus vorantreibt, ergötzte sich mancher Staatsbürgerkundeführer. Alles schien den ehernen Gesetzen der Mechanik zu folgen – und die SED steuerte die große Dampfmaschine DDR in die lichte Zukunft. Die besagten Transmissionsriemen trieben auch die DDR-Blockparteien in der gewünschten Richtung voran. Bis zum Herbst 1989 waren sie zuverlässige Stützen des Regimes. Dann sprang eine nach der anderen vom Riemen und drehte ganz neue, unerwartete Pirouetten. Michael Kubina beleuchtet die Rolle der vier Blockparteien im politischen System der DDR, insbesondere in der Spätphase als es dem Ende zuing. In diesem Zusammenhang erinnert er an den Machtkampf in der „Demokratischen Bauernpartei Deutschlands“ zwischen Platzhirsch Günther Maleuda und dessen Herausforderer Ulrich Junghanns. Nachdem die Bauernpartei bald darauf – ohne Mitgliederbefragung – von der CDU geschluckt worden war, fand sich Günther Maleuda auf dem Billett der PDS im Bundestag wieder. Ganz anders Junghanns. Er legte eine steile Karriere in der CDU Brandenburg hin und ist seit 2002 Wirtschaftsminister des Landes. Noch im Juli 1989 lobte Junghanns im Parteiorgan *Bauernecho* die Mauer als Schutz vor der braunen Pest. Auch daran sei im Gedenkjahr des Mauerfalls erinnert.

In Erinnerung brachte sich verschiedentlich der ehemalige DDR-Staatsanwalt Carlos Foth. Als Zeitzeuge für die gerechte Justiz im SED-Staat trat er in PDS-Veranstaltungen auf und als Kläger gegen die Aufarbeitung seiner eigenen Geschichte. Der Pensionär erstattete Strafanzeige gegen die beiden Verfasser dieses Editorials und den Autor des Artikels über die Legendenbildung rund um die „Köpenicker Blutwoche“, Günter G. Flick (vgl. ZdF 21/2007). Carlos Foth, der viele Jahre als Abteilungsleiter für Internationale Verbindungen bei der DDR-Generalstaatsanwaltschaft eine verlässliche Stütze des SED-Regimes gewesen war, wollte sich nicht – wie im Editorial dieser Zeitschrift polemisch geschehen – als „furchtbarer Jurist“ bezeichnen lassen. Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt. So etwas war Foth in seinem gesamten DDR-Leben noch nicht passiert, daß die Polizei seinen Maßgaben nicht einfach brav folgte. Die Strafanzeige des Pensionärs regte uns an, die Arbeit der DDR-Generalstaatsanwaltschaft und Foths eigene Rolle dort einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Eine Strafverfolgungsbehörde, wie der Name vorgibt, war diese Einrichtung keineswegs. Sie war ein willfähiges Organ des politischen Strafrechts in der DDR, verlässlicher Kooperationspartner des Staatssicherheitsdienstes, in jeder Hinsicht eine juristische Stütze des SED-Regimes.

Mit Hilfe des DDR-Justizapparates wurde auch ein anderes unrühmliches Kapitel der Disziplinierung und Verfolgung im SED-Staat geschrieben. Es spielte sich im System der Jugendwerkhöfe ab, das Ute Jahn untersucht. Die Geschichte dieser Dreiviertel-Zuchthäuser für Jugendliche ist bedrückend. Mit Begriffen wie Eckensteher, Rowdies, Gammler und Punks wurden jugendliche Sub-Milieus gebrandmarkt, die sich den „Normen des sozialistischen Zusammenlebens“ entzogen. Sie sollten durch erzieherische Maßnahmen in den Jugendwerkhöfen zur „Einhaltung des sozialistischen Rechts“ gezwungen werden. Umerziehung war das Zauberwort, ihr Ziel der „Neue Mensch“. Noch heute leiden viele „Zöglinge“ unter den Folgen dieser Pädagogik. Andere wiederum, die stets der Meinung waren, daß Zucht und Ordnung der Jugend auf die Sprünge helfen, sehen sich durch die heutigen Zustände an manchen Schulen geradezu bestätigt und fordern unverhohlen eine Rückbesinnung auf das Erziehungswesen der DDR.

Schon in den ganz Kleinen sah die SED in erster Linie ihren künftigen Anhang. Sie sollten frühzeitig schon zu Patrioten, Friedenskämpfern und allseits gebildeten soziali-

stischen Menschen gemacht werden, zum Nachwuchs für Partei und Staat. Die Pionierorganisation sollte von Anfang an den Spieltrieb der Kinder in politische Bahnen lenken, schon den Minderjährigen einen politischen Rahmen geben und sie ideologisch für kommende Aufgaben zurichten. Mit welchem Erfolg das geschah, untersucht Beate Kaiser anhand der Aktivitäten dieser Kinder-SED in Dresden zwischen 1948 und 1957. Soviel sei verraten: „Immer bereit!“, wie ihr Schlachtruf lautete, waren die Jungen Pioniere nie. Es gab aber nicht nur die harten Instrumente. Manchmal ließ die Partei die Zügel auch etwas lockerer, vor allem in der Kultur. Insbesondere im Tauwetter der Entstalinisierung war manches möglich, was bald darauf wieder zurückgenommen wurde. Sabine Pannen berichtet über das kurze Leben der Monatszeitschrift *Junge Kunst*. Ein neuer, frischer Wind wehte da aus den Seiten. Junge Künstler wie Heinz Kahlau, Manfred Bieler und B. K. Tragelehn hofften auf mehr künstlerische Freiheit, befürworteten Experimente und mehr Toleranz. Mit diesem Konzept geriet die Zeitschrift jedoch bald ins Visier der Stasi, für die solche Hoffnungen lediglich Ausdruck von Dekadenz waren. Dennoch erschien die *Junge Kunst*, beäugt und bewundert, fünf Jahre lang. Ihr Ende kam kurz nach dem Mauerbau 1962 – und das recht prosaisch: Der DDR ging das Papier aus. Der frische Wind war verweht.

Eine der wichtigsten Stützen des SED-Regimes war ohne Zweifel die Mauer. Michael Kubina nimmt den 20. Jahrestag ihres Falls zum Anlaß, um über den Wandel in der Wahrnehmung dieses Bauwerks nachzudenken. Fast unbemerkt haben sich die Perspektiven auf die Mauer, ihre Deutung, ihr Kontext verändert. Ein Prozeß, der mit Historisierung nicht ausreichend beschrieben ist. Was unterscheidet sie eigentlich von Grenzanlagen zwischen Texas und Mexiko? Und ist „Republikflucht“ für die Nachgeborenen noch begrifflich nachvollziehbar, wo doch heutzutage in der veröffentlichten Meinung die Steuerflucht geradezu zum Staatsverbrechen erklärt wird? Das Nachdenken über die Mauer kann so gesehen auch Gewißheiten erschüttern.

Beunruhigend ist nach wie vor auch die Frage, ob es in der DDR einen systematischen Psychiatriemißbrauch zum politischen Zweck gab. Das Bundesverfassungsgericht sprach jüngst Personen, die in der DDR zwangsweise in Heime eingeliefert wurden, einen Anspruch auf Rehabilitierung zu. Entschädigungsleistungen sollen nicht nur Personen zustehen, denen im Zuge von strafrechtlichen Maßnahmen in der DDR Unrecht widerfuhr, auch die Zwangseinweisung in psychiatrische Anstalten, so die Begründung der Richter, könne ein Mittel der politischen Ausschaltung von Gegnern des Regimes gewesen sein. Friedrich Weinberger kämpft seit langem gegen die Verharmlosung des politischen Psychiatriemißbrauchs an. Sein Beitrag für diese Zeitschrift hat in der Redaktion zu einer ungewöhnlich intensiven und kontroversen Diskussion geführt, die im Dissens endete. Unstrittig war freilich, daß die Frage, ob es einen politischen Psychiatriemißbrauch in der DDR gab, weiter zu verfolgen ist. Michael Kubina möchte aber deutlich machen, daß er mit der Veröffentlichung des vorliegenden Beitrages nicht einverstanden war.

Weiter enthält diese Ausgabe eine Darstellung Peter Erlers über die letzten Monate des Schauspielers Heinrich George im Nachkriegsberlin. Gesine Schmidt greift eine Recherche zur Umweltbewegung in der DDR von 1985 wieder auf und vollendet sie in einem Gespräch mit Michael Beleites, und Otto Wenzel hat die Rolle des Legationsrats Kurt Riezler in der deutschen Gesandtschaft in Moskau im Jahr 1918 nachgezeichnet. Mit Aspekten des sowjetischen Terrors zu Lebzeiten Stalins beschäftigen sich gleich mehrere der diesmal rezensierten Bücher.

i. A. Thomas Gerlach und Jochen Stadt